

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

14. Ministerrat

11. Juni 2025

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 28. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 8. Mai 2025 betreffend „Einführung des Schulfachs Ernährungs- und Gesundheitsbildung“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 27. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 3. April 2025 betreffend „Maßnahmen zur Bewältigung der migrationsbedingten Herausforderungen im Schulbereich“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 19. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 30. April 2025 betreffend „Effektiver Schutz im Insolvenzrecht für besondere Härtefälle“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 19. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 16. Mai 2025 betreffend „Bundesweit einheitlicher Leistungskatalog der Sozialversicherung“ vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 19. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 16. Mai 2025 betreffend „Patientenentschädigungsfonds“ vorgelegt wird.
6. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 22. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 22. Mai 2025 betreffend „EU; IAS-Verordnung 2014/1143“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 26. Mai 2025 betreffend „Heizkesseltauschförderung-Neuaufstellung“ vorgelegt wird.
8. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 26. Mai 2025 betreffend „Umsetzung von EU-Richtlinien; Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), Energieeffizienzrichtlinie (EED III)“ vorgelegt wird.
9. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 26. Mai 2025 betreffend „Beschleunigte Umsetzung der Wasserstoffstrategie und Ausbau der Infrastruktur durch Sicherstellung der Mittel“ vorgelegt wird.
10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 26. Mai 2025 betreffend „Umsetzung der energierelevanten Maßnahmen aus dem aktuellen Regierungsprogramm 2025“ vorgelegt wird.

11. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 26. Mai 2025 betreffend „Nationaler Energie- und Klimaplan; Aktualisierung der Wärmestrategie“ vorgelegt wird.
12. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 26. Mai 2025 betreffend „LandesenergiereferentInnenkonferenz; Ersuchen um Stellungnahme des Bundes zu den Beschlüssen der Tagung 2024“ vorgelegt wird.
13. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 26. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 26. Mai 2025 betreffend „Wettbewerbsfähige Energiepreise zur Absicherung der österreichischen Industrie“ vorgelegt wird.
14. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich vom Mai d.J., mit dem die Anträge der 3. Vollversammlung vom 23. Mai 2025 vorgelegt werden.
15. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 26. Mai 2025, mit dem der Antrag Nr. 14 – „Ablehnung der weiteren Ausweitung des Saisonkontingents und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Tourismusbranche“ vorgelegt wird.
16. Schreiben der Präsidialabteilung der Stadt Graz vom 28. Mai 2025, mit dem ein Beschluss vom 15. Mai 2025 betreffend „Förderung genossenschaftlicher Betriebsübernahmen durch Mitarbeiter:innen“ vorgelegt wird.
17. E 21-NR/XXVIII.GP vom 22. Mai 2025 betreffend „Humanitäre Hilfe nach Gaza“ (Wortlaut siehe Beilage).


EntschlieÙung

des Nationalrates vom 22. Mai 2025

betreffend humanitäre Hilfsleistungen nach Gaza

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, sich für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und daher für einen sofortigen, vollständigen, ungehinderten und sicheren humanitären Zugang in den Gazastreifen einzusetzen, damit humanitäre Hilfe und die Versorgung der dortigen hilfsbedürftigen Zivilbevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern bereitgestellt und die unerträgliche humanitäre Krise im Gazastreifen beendet werden kann.

Gleichzeitig wird die Bundesregierung ersucht, diplomatische Bemühungen für einen dauerhaften Waffenstillstand zu unterstützen und ihr im Regierungsübereinkommen verankertes Engagement für eine Zweistaatenlösung durch den weiteren Einsatz für dieses Ziel zu bekräftigen.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2025-05-27T10:23:04+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	